

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
mit Beilage: Der rote Stern und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der komm. Genossenschaftler / Wirtschaftl. Rundschau / Der proletarische Kulturkampf / Für unsere Frauen / Energie

Druckpreis monatl. (mit Post 1,50 M., halbjährl. 7,50 M., durch die Post bezogen monatl. 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-2 / Geschäftsstelle u. Expedition: Oberbahnpoststr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postfach Dresden Nr. 18690, Dresdner Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-2, Oberbahnpoststr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Druckmaschinen: Arbeiterstimme Dresden / Druckstunden der Redaktion: Mittwoch 16-18 Uhr, Sonnabende 13-14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neuzeitlich gestaltete Anzeigenzeile oder deren Raum 0,35 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Restzeile anschließend an den dreipässiigen Teil einer Textzeile 1,50 RM. Inaugural-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-2, Oberbahnpoststr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Preiskategorie kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Druckpreises

5. Jahrgang

Dresden, Dienstag den 9. April 1929

Nummer 82

154 Millionen direkt den Besitzenden geschenkt

Die Große Koalition bringt:

70 Millionen weniger für Erwerbslose, Erhöhung der Postgebühren und der Tabakpreise, Verzicht auf Erhöhung der Besitzsteuern!

Die Vereinbarungen, die im interfraktionellen Ausschuss über den Etat zwischen den Koalitionsparteien getroffen wurden, und auf deren Basis noch in dieser Woche die Große Koalition gebildet werden wird, bringen für die bürgerliche Klasse ein beträchtliches Steuererlöbnis von 154 Millionen Mark, und zwar:

Verzicht auf die Erhöhung der Vermögenssteuer	104 Mill.
Verzicht auf die Erhöhung der Erbschaftsteuer	20 „
Bei der veranlagten Einkommen- u. Körperschaftsteuer durch Abzugsfähigkeit des Verlustabzuges	30 „
Zusammen:	154 Mill.

Im Gegenzug hierzu sollen aus den Postgebühren und der Tabaksteuer weitere 70 Millionen erhoben werden. Da bisher die Tabaksteuer in keinem Etat bereits um 45 Millionen erhöht hat, beträgt sich das Mehr bei der Tabaksteuer auf 80 Millionen. Für die breiten Massen ergibt sich folgende höhere Belastung als beim Bürgerblock, wobei der Verzicht auf die Erhöhung der Besitzsteuer bereits berücksichtigt ist:

Erhöhung aller Verbrauchsabgaben einschließlich der Spirituosenabgaben, wie bereits ursprünglich vorgeplant	77 Mill.
Erhöhung der Postabgabe insgesamt	70 „
Weitere Erhöhung: Tabaksteueraufkomm.	35 „
Zusammen:	380 Mill.

Während die Sozialdemokratie also auf ihr Glaubwürdigkeit, die sogenannte „sozialistische Besitzsteuer“ verzichtet, verläßt ihr Finanzminister die Verbrauchsabgaben, die die breiten Massen zu tragen haben, um 380 Millionen Mark höher als selbst der Bürgerblock.

Jedoch ist das noch nicht alles, was die SPD dem Besitz an Geschenken ausstrotzt und den Massen an weiterer Belastung aufbürdet. Das Talente ist dabei die Vereinbarung über die Regelung der Uberschüsse aus der Lohnabzugssteuer. Bis zum Jahre 1934 wurde die sogenannte *Lex Brüning* auf der Kraft gelebt (und damit wohl für alle Zeiten), die allerdings schon früher regelmäßig durchbrochen wurde. Die *Lex Brüning* bestimmt, daß die Lohnabzugssteuer gesenkt werden muß, wenn in drei aufeinander folgenden Monaten je mehr als 100 Millionen Mark ankommen. Auch Hüfner hat, genau wie der Bürgerblock, 1,3 Milliarden als Aufkommen in seinem Etat eingeleitet. Die Lohnsteuer wird also von vornherein höher eingeleitet als die *Lex Brüning* vorsah. Nunmehr wurde vereinbart, daß die Mehreinnahmen, da die Lohnsteuer nicht mehr herabgesetzt wird, zu gleichen Teilen der Invalidenversicherung und der Reichsinvalidenversicherung zugewandt werden sollen. Die Deutsche Allgemeine Zeitung berechnet, daß für beide Zwecke dadurch je 75 Millionen Mark frei werden. Die dadurch mögliche Bezahlung der Beiträge, mit der vorläufig nur bei der Knappschicht vorgezogen ist, soll in gleicher Weise „Arbeitsgeden“ und „Arbeitsmehrer“ zugute kommen — und, wie die DZ3 wörtlich weiter meldet:

... ermöglichen, den Kohlenbergbau zu entlasten und damit auch eine Lösung des zum 1. Mai drohenden Arbeitskonflikts im Ruhrbergbau zu erleichtern.“

Was heißt das mit anderen Worten? Sehr einfach. Die Herren vom Ruhrkohlenkonflikt erhalten eine indirekte Subvention aus der Lohnabzugssteuer bzw. aus den von den Arbeitern zu viel gezahlten Beiträgen. Durch die Herabsetzung der Anapflichtbeiträge — wohlverstanden, nur ermöglicht durch die überschüssigen Abzüge vom Arbeitslohn — sollen die Unternehmer von einer Vorkaufsteuer entlastet werden, so daß also die bisher einseitige Situation entsteht, daß schließlich die Ruhrbergarbeiter ihre nominelle und nur Scheinbare Lohnverbesserung nicht bezahlen. Das ist wirklich der Gipfel trübsalträchtiger Leistungen der Sozialdemokratie. Zum Glück besteht keine Gefahr, daß die Bergarbeiter nicht früh genug diesen Betrag erkennen und umso entschiedener ihre berechtigten Lohnforderungen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln vertreten werden.

Die auf dem Papier so radikal aussehenden Abträge beim Reichsmehrer und bei den Luftsubventionen sind nichts weiter als ein großer bluff. Wie es bisher schon war, so wird es auch in Zukunft sein, daß die Minister das, was ihnen heute vorenthalten wird, sich einfach nehmen und im Nachtrag bemitteln lassen. Die bürgerliche Presse weik bereits zu melden, daß mit

Bestimmtheit mit einem Nachtragset für 1929 zu rechnen ist und den Ministern versprochen wurde, die jetzt gestrichenen Mittel nachzubewilligen, wenn die Pariser Konferenz über die Reparationsfrage eine befriedigende Lösung bringt.

Die Perspektiven der Reparationskonferenz, die, was die Herabsetzung der Reparationslasten betrifft, in letzter Zeit günstiger geworden sind, spielen bei der Bildung der neuen Großen Koalition offensichtlich eine nicht unwesentliche Rolle. Die Kölnische Zeitung schreibt zu den Vereinbarungen über den Etat:

„Man kann nur wünschen, daß diese vernunftgemäße Einstellung (!) anhalten wird, wenn bei hoffentlich bald einsetzender Ernüchterung unserer Reparationslasten ein organischer Steuerabbau sowohl in formeller (endgültige Schlichtung des Finanzausgleichs) wie materieller Hinsicht (allgemeine Senkung der direkten Steuern) vorgenommen wird. Wie wir erfahren, sollen jetzt schon Vorkehrungen dafür getroffen werden, daß ein Reparationserlaß . . . sich tatsächlich in Form eines Nachtragshaushaltsplans mit Steuererlässen auswirkt.“

Der klare Sinn dieser Ausführungen ist der, daß den heutigen Geschenken an das Trustkapital weitere folgen sollen. Dagegen werden den Opfern kapitalistischer Wirtschaftsanarchie, den Erwerbslosen nicht nur 45 Millionen durch Abbruch von der produktiven Erwerbslosenfürsorge aus dem Arbeitsministerium genommen, sondern dazu noch 25 Millionen für Kanal- und andere Wasserbauten aus dem Reichsetat, also insgesamt ca. 70 Millionen entzogen. Die Rolle der Sozialdemokratie bei der Regierungsbildung ist wiederum ganz klar und eindeutig. Nichts für die Arbeiter, alles für die Besitzenden. In diesem Zeichen wird sich die neue Große Koalition bilden. Die Deutsche Volkspartei, die Partei der deutschen Schwerindustrie, hat auf der ganzen Linie gesagt, die Sozialdemokratie ist ihr getreuer Rat.

Kommunistischer Wahlsieg in Zwenkau

Ein glänzender Auftakt zur Landtagswahl

Beipzig, 8. April.

Die Stadtverordnetenwahlen, die am Sonntag in Zwenkau stattfanden, ergaben folgendes Resultat:

Liste 1: Sozialdemokraten	1111 Stimmen
Liste 2: Kommunistische Partei	1353 Stimmen
Liste 3: Vereinigte bürgerliche Parteien	840 Stimmen
Liste 4: Gewerbe- und Mittelstand	688 Stimmen

Stimmberichtig waren 4846 Personen, gültig abgegebene Stimmen 3885. Die Verteilung der Sitze steht noch nicht fest.

Das Wahlergebnis ist ein ausgezeichnetes Resultat für den Landtagswahlen am 12. Mai. Während die SPD gegenüber den Reichstagswahlen im Mai 1928 einen Stimmengewinn von nur 11 Stimmen erhalten hat, erhöht sich die Stimmzahl der Kommunisten um 143. In den Orten Zwenkau, Jörnitz und Kötzschau erhielt die KPD bei den Reichstagswahlen insgesamt 1098 Stimmen, die Kommunistische Partei 1209. Die Stimmzahl der KPD hat sich auf 1353 erhöht, der SPD auf 1111.

Die Bürgerlichen erzielten bei der letzten Reichstagswahl in den drei Orten rund 1500 Stimmen, während sie jetzt bei der Gemeinderatswahl nur 1528 Stimmen erhalten haben.

Die KPD ist in Zwenkau die stärkste Partei. Das Wahlergebnis läßt die besten Schlüsse für die bevorstehenden Landtagswahlen in Sachsen zu. Das Geschrei der „Reifen“ SPD mit den Brandstiftern vom Niedergang der kommunistischen Partei zeigt sich in keiner ganzen Höhe. Die Kommunistische Partei ist als die einzige Siegerin aus dem Wahlkampf hervorgegangen.

Der Ausgang der Wahl zeigt, daß die Partei mit der besten Zuversicht in den Landtagswahlkampf gehen kann.

Berliner Verkehrsarbeiter beschließen Demonstration am 1. Mai

Berlin, 9. April. (Eig. Drahtbericht.)

Im Nationalhof in der Bülowstraße fanden gestern vormittag und abend überfüllte Betriebsversammlungen der Arbeiter der Berliner Verkehrsarbeitergesellschaft statt. In der fast einstimmig angenommenen Entschließung fordern die Versammelten alle Kollegen der Berliner Verkehrsarbeitergesellschaft auf, am 1. Mai an der Demonstration der Klassenbewußten Arbeiterschaft teilzunehmen. Weiter wird in der Entschließung auf das schärfste gegen das Demonstrationsverbot Jörgiebls und den Warnungserlaß Grynaffs protestiert. In einer äußerst scharfen Resolution protestieren die Arbeiter des Bahnbetriebswerks Westend gegen das Jörgiebl-Demonstrationsverbot, und mit den Stimmen der sozialdemokratischen Kollegen wurde — trotz eifriger Gegenbemühungen des reformistischen Kreisleiters — beschlossen, den 1. Mai nicht im Saal zu feiern, sondern trotz des Demonstrationsverbotes auf der Straße für den Nationaltag, für die Erhöhung der Löhne und ein sozialistisches Deutschland zu demonstrieren.

Die Betriebsversammlung der Firma Scheller und Wader protestiert in einer einstimmig angenommenen Resolution gegen das Demonstrationsverbot Jörgiebls und verurteilt aufs schärfste die Haltung des NSDAP.

Jörgiebel-Wolke gegen Arbeiterportier

Berlin, 9. April. (Eig. Drahtbericht.)

Gestern abend demonstrierte ein großer Zug Arbeiterportier und Jungarbeiter durch die Straßen von Lichtentag. Unter Mitführung roter Fahnen revolutionäre Lieder singend und im Sprecher Kommando laufend, passierten sie unangefochten mehrere Straßen. Unterwegs erhielt der Zug Häßliche Beleidigung. Als schließlich ein Genosse gerade eine Anrede an die

Eisenbahner, jetzt muß gestreikt werden!

Am Sonntag tagte in Berlin der Gesamtvorstand des Einheitsverbandes unter Hinzuziehung sämtlicher Bezirksleiter. Die Sitzung hat sich nach einem Bericht des Vorwärts, vorbehaltlos auf den Boden der Beschlüsse der Spitzenorganisationen der Gewerkschaften gestellt und sich mit der Einleitung weiterer Verhandlungen bereit erklärt.

Ueber das Ziel der Tagung des Einheitsverbandes teilt die gut informierte Deutsche Allgemeine Zeitung folgendes mit:

„Wie bereits gemeldet, wird seitens der kommunistischen Organisation innerhalb der Eisenbahnerverbände im Reich, besonders aber in Sachsen und Schlesien dafür Stimmung gemacht, daß ohne weitere Verhandlungen mit der Deutschen Reichsbahngesellschaft eine Kampfbewegung entfacht werde. Gegenüber diesen Ver suchen hatte der Eisenbahnerverband am Sonntag aus ganz Deutschland nach Berlin zu einer Konferenz zusammengerufen, die sich während des ganzen Tages mit der Lage beschäftigte.“

Aus den Berichten über diese Tagung in der reformistischen und bürgerlichen Presse geht hervor, daß sie sich fast ausschließlich mit der Frage beschäftigt haben, wie gegen sogenannte „ wilde“ Streiks anzukämpfen sei. Besonders beunruhigt sind

die Bureaukraten des Eisenbahnerverbandes durch die Arbeit der revolutionären Opposition.

Unter den Eisenbahnern herrscht über das Verhalten des Vorstandes des EBE größte Erbitterung. Besonders trifft das auf die sächsischen Eisenbahner zu. In den in der letzten Zeit stattgefundenen Versammlungen erklärten die reformistischen Führer des EBE, daß am Montag, dem 8. April, die Arbeit ruhen würde, wenn die Reichsbahn die Forderungen der Eisenbahner nicht erfüllt hätte. Statt Kampfmaßnahmen durchzuführen, hat die reformistische Bureaukratie vor Dornmüller kapituliert. Es ist ein offener Betrug an den Eisenbahnern, wenn die Bezirksleitungen Dresden und Halle des EBE in der sozialdemokratischen Presse bereits von einer Zustimmung der Situation sprechen, wo doch die Bezirksleiter in Berlin beschlossen haben, gegen jeden Streik der Eisenbahner mit allen Mitteln anzukämpfen. Die Eisenbahner dürfen dieses Spiel nicht mehr länger dulden, sondern müssen die günstige Situation, in der sie sich befinden, auszunutzen und zur Aufnahme des Kampfes hinweisen. Jedes weitere Zögern bedeutet eine Preisgabe der Erringung besserer Lebensbedingungen. Darum Wahl von revolutionären Kampfleistungen und geschlossene Aufnahme des Kampfes gegen das Dornmüllerregime und gegen den Verrat der reformistischen Bureaukratie.

B
Polster
esse
straße 45
Werkstätten
inigen
old
rol
Bergerstr. 16
d- und
aren
Smy
phon 20326
Sie bei uns in
Marktstr. 11
Willy
18, Tel. 27 07
minghof
phon 29 970
rial
enstr. 56
n / Tabake
ner
dem Arbeiter
Plauen
phon 28 55
Verkaufsmann
gato-Güttig
tate 30
esprodukte
Cre 23
ndärferei
Auf 27055
Spirituosen
tstraße 42
ndärferei
tate 25
araturen
tate 47
eparatur
stwaren
9
ent / Fern-
von Schell-
167
ch'er
eine Spezial-
nen
latz?
u. 13776
Wohl-
diseh
2b
zahlung!
2. Gehe-
kenten?
Kolonial-
tobbuser
Str. 24,
tstr. 11,
Wiener
re